Auf die EU ist kein Verlass

Warum die Schweiz jetzt erst recht unabhängig bleiben sollte.

Philipp Gut

Die Schweizer EU-Freunde wittern Morgenluft. Der Zollstreit mit den USA ist für sie ein weiteres Argument dafür, sich Brüssel anzuschliessen. Dabei betonen sie wie aus einer Kehle die «Verlässlichkeit» der EU, hier gälten die Regeln noch. «In einer Welt, in der die mächtigsten Akteure unberechenbar handeln, ist der Schulterschluss mit verlässlichen Partnern entscheidend», sagt Samuel Bendahan, Co-Präsident der SP-Bundeshausfraktion im Namen seiner Partei. «In einer Welt, in der sich über Nacht alles ändern kann, sind verlässliche Partnerschaften wichtiger denn je», echot Stark und Vernetzt, eine Allianz von Organisationen, von Economiesuisse bis ETH-Rat, die sich «für eine konstruktive Europapolitik und den bilateralen Weg mit der EU» einsetzt.

Ins gleiche Horn, wenn auch intellektuell etwas hochtrabender, bläst Eric Gujer, Chefredaktor der *NZZ:* Eine «enge Zusammenarbeit mit der EU» sei «eine Rückversicherung in einer unberechenbaren Welt». Die Logik all dieser Äusserungen ist einfach: Donald Trump hat uns enttäuscht und eins aufs Dach gegeben, also kriechen wir Ursula von der Leyen und der Europäischen Union unter den Rock.

Regelbrüche am Laufmeter

Aber wie steht es wirklich mit der Verlässlichkeit dieser EU? Ihre Lobredner haben offenbar vergessen, wie Brüssel mit der Schweiz in der Vergangenheit umgesprungen ist. Hat die EU 2019 nicht einseitig die Börsenäquivalenz aufgehoben und damit mutwillig eine rechtsgültige Vereinbarung gebrochen? Der Grund war rein machtpolitisch, man könnte sagen: trumpistisch, und alles andere als «regelbasiert»: Die EU wollte damit Druck auf die Schweiz aufbauen, damit sie beim Rahmenabkommen mit Brüssel spurte.

Dasselbe Spiel bei den Forschungs- und Bildungsprogrammen Horizon und Erasmus: Die EU schloss die Schweiz nach 2014 für einige Jahre aus. Brüssel bestrafte damit die Eidgenossenschaft für ihren demokratischen Volksentscheid, die Zuwanderung souverän steuern und begrenzen zu wollen («Masseneinwanderungsinitiative»). Auch die *NZZ* sprach damals Klartext: Es handle sich um eine «EU-Strafaktion» und um nichts anderes. Dass ein solches Verhalten den Grundsatz einer rechtsstaatlichen Ordnung mit Füssen tritt, braucht man nicht weiter zu betonen.

Das rüde Powerplay gegenüber der Schweiz ist nur ein kleiner Ausschnitt. Die EU selbst und ihre Mitgliedstaaten brechen eigene Regeln am Laufmeter. Die Liste ist lang und unvollständig:

Die EU selbst und ihre Mitgliedstaaten brechen eigene Regeln am Laufmeter.

Sie reicht von den Maastricht-Kriterien und dem Stabilitäts- und Wachstumspakt über die Euro-Rettung («kein gemeinsames Schuldenmachen»), die Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen bis zu unerlaubten staatlichen Beihilfen unter anderem in der Corona-Zeit.

Diese notorischen Regelbrüche führten so weit, dass Schweizer Politiker wie Ständerat Benedikt Würth im Zuge der aktuellen Europadebatte allen Ernstes dazu aufrufen, die Schweiz solle die neuen EU-Vorschriften doch nicht so bierernst nehmen, schliesslich hielten sich auch die Mitglieder nicht daran. Das kann man so sehen. Nur soll dann niemand mehr von der «Verlässlichkeit einer regelbasierten Ordnung» schwärmen.

Lobredners kurzes Gedächtnis.

Martullo und Hummler warnen

Die Euro-Turbos glänzen also mit einer Fehlzündung. Sie irren, wenn sie sich im Schosse der EU in einer vorteilhafteren Lage wähnen. Wir kämen bloss vom Regen in die Traufe. Die Firmen unter EU-Jurisdiktion ächzen. «Bürokratie ist das Hauptproblem für Unternehmen – noch vor hohen Steuern, teurer Energie und schlechter Infrastruktur», sagt Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank in der *Bild*. Und diesem Problemhaufen soll die Schweiz sich anschliessen?

Eine interessante Erfahrung bringt SVP-Nationalrätin und Ems-Chemie-Chefin Magdalena Martullo-Blocher in die Debatte ein: «Meine Kunden im Ausland beschwören mich alle, nur ja dafür zu sorgen, dass die Schweiz draussen bleibt und diese EU-Regulierungen nicht auch noch übernehmen muss», sagte sie im Kontrafunk. Bankier Konrad Hummler wies in der *NZZ* derweil darauf hin, wir müssten uns «gut überlegen, welchen politischen Preis wir für den Zugang zum Binnenmarkt» zahlen wollten. Denn dieser Binnenmarkt existiere in dieser Form gar nicht. Die Handelshemmnisse durch nationale Unterschiede innerhalb der EU lägen «im Bereich von 40 bis 50 Prozent» – damit überstiegen sie sogar die Zollhürden der USA.

Es wäre also ein krachendes Verlustgeschäft: Wir müssten für das Entréebillett zu diesem zweifelhaften Markt nicht nur eine Lawine von bürokratischen Regeln und Vorschriften für alles und jedes über uns ergehen lassen, wir würden auch unsere juristische und politische Souveränität sowie die internationale Handlungsfreiheit verlieren – und müssten dafür erst noch Hunderte Millionen Franken jährlich an Brüssel überweisen. Verlässlich wäre in dieser ungleichen Beziehung nur der Milchkuh-Charakter der Schweiz.

Bild: Martin Ruetschi/Keystone